

mises.org

Nach den wirtschaftlich katastrophalen Schließungen wegen covid-19 hat die politische Klasse verzweifelt versucht, das gescheiterte Euro-System zu retten. Am 21. Juli einigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf einen, wie sie es nannten, "historischen" Deal. Es handelte sich um nichts weiter als ein mehrere Milliarden Euro umfassendes Konjunkturpaket. Es ist jedoch wahrscheinlicher, dass der "Erholungsfonds" jede Chance auf eine dringend notwendige wirtschaftliche Umstrukturierung hinauszögern wird. Was er bewirken wird, ist die Verschwendung von knappen Ressourcen und Kapital, während er Europa für eine weitere Finanz- und Schuldenkrise rüstet. Ein weiteres, noch wichtigeres Thema ist der gefährliche Weg zur politischen Zentralisierung, den die EU als Folge der Krise einschlägt. Das Europäische Parlament wird sehr stark von den Kräften der Pro-Zentralisierung dominiert und enthält nur wenige Personen, die die Prinzipien der Dezentralisierung und der wirtschaftlichen Freiheit verteidigen und gleichzeitig mit großer Sorge die ständig wachsende Macht Brüssels sehen.

Hat sich das sozialdemokratische Projekt für die EU durchgesetzt?

Die klassisch-liberale Sichtweise: Wirtschaftsunion, politische Dezentralisierung

Schon vor der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957, mit denen die Kerninstitution geschaffen wurde, aus der später die EU hervorging, gab es Spannungen zwischen den beiden Wegen, die eine Europäische Union einschlagen sollte. Die Spannung besteht zwischen der klassischen liberalen Vision und der sozialdemokratischen Vision. Die liberale Vision legt ihr Hauptaugenmerk auf die Verteidigung der individuellen Freiheit und die Achtung der Eigentumsrechte bei gleichzeitiger Förderung einer europäischen Freihandelszone mit einem robusten freien Markt. Der Vertrag von Rom war ein großer Sieg für die Liberalen, da er auf zwei Grundprinzipien beruhte: Freizügigkeit und freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Finanzkapital. Kurz gesagt zielte der Vertrag auf die Wiederherstellung von Rechten und Werten ab, die zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts mit der Vorherrschaft von Nationalismus und Sozialismus auf dem europäischen Kontinent verloren gegangen waren.

Die Liberalen tendierten auch dazu, die Dezentralisierung zu betonen, da es genügend Beweise dafür gibt, dass die Dezentralisierung kein Hindernis für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa war. Italien, Deutschland und die Schweiz (bis heute) erlebten große Fortschritte: Der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Königreichen führte zu mehr Freiheit und schuf die Voraussetzungen für die Entstehung und den Aufstieg der Handels-, Banken- und städtischen Mittelschicht. Ohne diese wäre die Industrielle Revolution, die auch in einer Ära der Dezentralisierung und des Freihandels stattfand, nicht möglich gewesen.

In einem modernen "vereinten" Europa ist Wettbewerb entscheidend, wenn sich die klassische liberale Vision durchsetzen soll. Wenn es einen Währungswettbewerb gäbe, wären verschiedene Währungsbehörden gezwungen, miteinander zu konkurrieren, während der Steuerwettbewerb es den Menschen erlauben würde, "mit den Füßen" zu wählen, indem sie Länder mit hohen Steuern verlassen.

Aber dies ist keine populäre Ansicht in der heutigen Europäischen Kommission.

Das europäische sozialdemokratische Projekt

Im Gegensatz zur klassischen liberalen Vision sehen die Sozialdemokraten Europa als ein protektionistisches und interventionistisches Imperium. Der Vorgänger dieser Vision war die napoleonische Vision, aber der Hauptunterschied zur EU besteht darin, dass ihre Zentralisierung der Macht nicht mit militärischen Mitteln, sondern durch die Gesetzgebung und den politischen Prozess erfolgen würde. Die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament waren sehr effektiv, wenn es um diese Aufgabe ging. In dem Maße, wie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern gewachsen sind, ist es den europäischen Politikern gelungen, ein gesamteuropäisches System der Wohlfahrtsumverteilung zu schaffen.

Die ärmeren Länder in Südeuropa waren nicht in der Lage, mit dem wachsenden Regulierungsstaat fertig zu werden, aber Subventionen und Vermögenstransfers aus dem reichen Norden haben den südlichen Mitgliedern geholfen, sich an die neuen EU-Regeln anzupassen, und gleichzeitig ärmere Mitglieder von EU-Subventionen abhängig gemacht. Der Euro ist ein politisches Projekt

Darüber hinaus haben die Vermögenstransfers der EU in Verbindung mit einer einheitlichen Währung es ärmeren Ländern wie Griechenland, Spanien und Italien ermöglicht, die Staatsausgaben und die Verschuldung zu erhöhen und gleichzeitig wenige Schritte zur Stärkung ihres privaten Sektors zu unternehmen. Mit anderen Worten, die Zentralisierung, sowohl monetär als auch fiskalisch, hat es den ärmeren Mitgliedern des Südens ermöglicht, eine nicht nachhaltige Wirtschafts- und Währungspolitik zu verfolgen.

Diese Trends gab es bereits vor der Finanzkrise 2008-09. Und dann kamen die Rettungspakete aus der Zeit der Großen Rezession und jetzt die Krise der Covid-19.

Die Rettungspakete während der Schuldenkrise 2009 hatten nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen politischen Preis: Die Nationalstaaten gaben ihre Kontrolle über interne Angelegenheiten auf und befolgten mehr und mehr Anweisungen und Befehle aus Brüssel, wie sie ihre Länder führen sollten, mit schwerwiegenden Konsequenzen, wenn sie sich nicht daran halten. Ron Paul hatte Recht, als er sagte, dass die Korruption und der politische Ehrgeiz europafreundlicher Politiker und Bankiers die EU in "eine nicht gewählte Tyrannenregierung in Brüssel verwandelten, in der die gut vernetzten Menschen gut entschädigt und von den Stimmen der einfachen Bürger isoliert wurden".

Schlussfolgerung

Europa braucht mehr denn je die Prinzipien, die es erfolgreich gemacht haben: Dezentralisierung, Freihandel und gesunde Märkte. Brexit kann der Anfang sein. Wir brauchen ein Europa der Schweiz und Lichtensteins und nicht die Vereinigten Staaten von Europa. Ein Schritt in die richtige Richtung wäre eine Reform hin zu einer reinen Freihandelszone zwischen souveränen Staaten anstelle einer politischen Union. Die gemeinsame Währung müsste abgeschafft werden; ein Währungswettbewerbssystem wäre vorzuziehen, wie von F.A. Hayek vorgeschlagen.

Die Union hat eine riesige Kluft zwischen den Ländern des Nordens und des Südens geschaffen, wobei die Bürger einander sehr misstrauisch und feindselig gegenüber stehen. Die Deutschen zum Beispiel betrachten die Südeuropäer als faul und unproduktiv, während die Südeuropäer die Deutschen als die wahren Herrscher ihres Landes betrachten. Spaltungen in ähnlicher Richtung gibt es seit Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, aber das Zentralisierungsschema der EU hat sie noch schlimmer gemacht. Dies ist genau das Gegenteil von dem, was die Schöpfer der EU versprochen haben.

Nun könnte das europäische Projekt scheitern, und für die Zukunft gibt es zwei mögliche Optionen. Entweder die Bürgerinnen und Bürger Europas erkennen die schrecklichen Folgen eines gesamteuropäischen Systems zur Umverteilung der Wohlfahrt und weigern sich, den kommenden Rettungsaktionen, Vermögenstransfers und Bemühungen um eine erneute politische Zentralisierung zuzustimmen, oder wir steuern auf einen Pfad wiederholter Banken- und Schuldenkrisen zu, die zu hoher Inflation und politischer Zentralisierung mit noch größeren Problemen führen werden.

[The EU's Drive toward Political Centralization Will Doom Its Economy](#)